

Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen die gefährliche Hammerbande!

Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Mitglieder der Hammerbande. Brutale Überfälle, militante Ideologie und Verhaftungen prägen die Ermittlungen.



Eisenach, Deutschland - Am 12. Juni 2025 hat die Bundesanwaltschaft Anklage gegen Mitglieder der sogenannten Hammerbande erhoben, die für brutale Überfälle und eine militante linksextremistische Ideologie bekannt ist. Unter den Angeklagten befinden sich Johann Guntermann, der mutmaßliche Anführer, sowie Tobias Edelhoff, ein enger Vertrauter der Gruppe. Die Anklage umfasst schwere Vorwürfe wie Körperverletzung, Sachbeschädigung und versuchten Mord. Die Gruppe operierte jahrelang im Untergrund und verfügte über ein weitreichendes Netzwerk, welches zuletzt durch Festnahmen in Eisenach und Budapest ins Licht rückte. Erste Hinweise auf die Strukturen der Hammerbande wurden bereits 2019 bekannt, als in Eisenach mehrere Mitglieder festgenommen wurden.

Die Hammerbande wird von den Behörden als kriminelle Vereinigung eingestuft, und es gibt Diskussionen über eine mögliche terroristische Einstufung aufgrund der Schwere ihrer Taten und der internationalen Dimension, die durch Überfälle in Ungarn gegeben ist. Maja, eine non-binäre Person, wurde beispielsweise im Zusammenhang mit Überfällen in Budapest ausgeliefert, was rechtliche Kontroversen auslöste. Die angeklagten Mitglieder müssen sich vor dem Oberlandesgericht Dresden verantworten und drohen mit Haftstrafen von bis zu zehn Jahren, während das Fußvolk mit zwei bis fünf Jahren rechnen muss.

Ermittlungen und Festnahmen

Die Ermittlungen gegen die Hammerbande zogen sich über mehrere Jahre, oft begleitet von Vorwürfen der Schlampigkeit seitens der zuständigen Behörden. Zu den angeklagten Taten gehören mehrere Überfälle auf als rechtsextrem identifizierte Personen in Wurzen, Leipzig, Dessau-Roßlau, Eisenach und Budapest. Zwei beschuldigte Mitglieder stehen im Verdacht, an einem Überfall auf den verurteilten Neonazi Leon R. in Eisenach beteiligt gewesen zu sein und an Überfällen auf Rechtsextremisten in Budapest, die im Februar 2023 stattfanden. Einer dieser Beschuldigten wurde in Budapest zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt und befindet sich seit Dezember 2024 wegen weiterer Vorwürfe in deutscher Untersuchungshaft.

Ein weiterer Verdächtiger, der sich im Januar zusammen mit mehreren anderen Personen stellte, wird ebenfalls mit den Überfällen in Budapest in Verbindung gebracht. Zudem wurde ein Mann im Oktober 2024 in Berlin als Unterstützer einer Neonazi-Vereinigung festgenommen und steht im Verdacht, als Kampfsporttrainer für die Gruppierung aktiv gewesen zu sein. Johannes D., ein ehemaliges Mitglied der Hammerbande und Kronzeuge, belastete ihn in diesem Kontext.

Linksextremismus und steigende Straftaten

Der linksextremistische Raum in Deutschland zeigt besorgniserregende Zahlen. Im Jahr 2024 wurde ein Personenpotenzial von 38.000 linksextremistischen Personen erfasst, davon 11.200 als gewaltorientiert. Diese Gruppe ist in der Lage, ernsthafte Gewaltakte zu verüben, was sich in einem Anstieg linksextremistisch motivierter Straftaten auf 5.857 Delikte niederschlägt. Besonders in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen häufen sich diese Straftaten, was die Sicherheitsbehörden alarmiert. Oft richten sich die Übergriffe gegen politische Gegner, insbesondere gegen Mitglieder der AfD.

Ein Rückblick auf die linken Gewaltdelikte zeigt, dass 532 Delikte in diesem Bereich verzeichnet wurden, was einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Die häufigsten Taten sind Sachbeschädigungen, die um 36,6 % zugenommen haben. Die Justiz steht somit vor der Herausforderung, nicht nur die offensichtlich kriminellen Strukturen wie die Hammerbande zu bekämpfen, sondern auch die schleichenden, oft als weniger gefährlich wahrgenommenen Elementen des linksextremistischen Spektrums entgegenzuwirken.

Die Entwicklungen rund um die Hammerbande und den linksextremistischen Extremismus werfen einen Schatten auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland. Es bleibt abzuwarten, wie sich die rechtlichen Entscheidungen entwickeln und welche politischen Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Problematik entgegenzuwirken.

Für weitere Informationen zu diesem Thema lesen Sie die ausführlichen Berichte auf [Compact Online](#), [MDR](#) und [Verfassungsschutz](#).

Details	
Vorfall	Überfall,Körperverletzung,Sachbeschädigung,Mord

Details	
Ort	Eisenach, Deutschland
Quellen	• www.compact-online.de • www.mdr.de • www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net